

Länder arbeiten an Facebook-Regeln für Lehrer

NRW sieht keine Handlungsbedarf

BERLIN. Der Austausch von Lehrern und Schülern über Facebook ist einigen Kultusministern ein Dorn im Auge. Einige Länder haben bereits, wie Baden-Württemberg, den Einsatz von Sozialen Netzwerken für Lehrer eingeschränkt. Rheinland-Pfalz und Sachsen arbeiten an entsprechenden Regelungen, ergab eine Umfrage der Deutschen Presseagentur dpa gestern. „Schulen sollen Facebook nicht im dienstlichen Zusammenhang nutzen“, erklärte eine Sprecherin des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums.

Hintergrund sind datenschutzrechtliche Bedenken sowie die Gleichbehandlung der Schüler, die nicht alle über einen Internetzugang verfügen.

Das nordrhein-westfälische Schulministerium sieht dagegen keinen Bedarf, Lehrern für die Nutzung sozialer Netzwerke neue Vorschriften zu machen oder konkrete Verbote auszusprechen. Das erklärte ein Sprecher des Schulministeriums in Düsseldorf. Ausreichend sei die allgemeine Schulordnung für Lehrer in Nordrhein-Westfalen, die „amtsgemessenes Verhalten“ verlange. Dazu gehörten eine „professionelle pädago-

gische Distanz zu den Schülern und eine Trennung von dienstlicher und privater Kommunikation“, sagte Sprecher Jörg Harm. Das gelte für das Klassenzimmer ebenso wie für elektronische Wege.

Die Ausgestaltung obliegt laut Ministerium den Schülern in NRW. Es werde keine Notwendigkeit gesehen, an den bestehenden Regelungen etwas zu ändern, so Harm. „Es sind keine Problemanzeichen aus den Schulen bekannt.“

Unsicherheiten

Das Land Baden-Württemberg hatte Anfang der Woche den Einsatz Sozialer Netzwerke an Schulen stark eingeschränkt und auf Datenschutz-Bedenken verwiesen. Lehrer hatten sich wegen Unsicherheiten im dienstlichen Umgang mit sozialen Netzwerken gemeldet. Dort sind Lehrern in sozialen Netzwerken Chats, Vereinbarungen schulischer Termine, das Einrichten von Lerngruppen oder das Verschicken von Noten untersagt.

In Schleswig-Holstein und Bayern bestehen bereits seit Längerem entsprechende Verbote. dpa



Ein Jahr nach ihrer Geburt hatte Louise Joy Brown, die als Retortenbaby berühmt wurde, ihren ersten Fernsehauftritt.

Foto dpa

Retortenbaby wird 35

1978 war es eine Sensation, heute helfen immer mehr Paare beim Kinderwunsch nach

DORTMUND. In diesen Tagen reden alle über das Baby, das einmal den englischen Thron besteigen soll. Vor 35 Jahren war ein englisches Baby mit ganz normalen Eltern, aber nicht auf ganz normalem Wege gezeugt, das Topthema.

gewesen, erklärt Dieterle, der zudem als Dozent an der medizinischen Fakultät der Universität Witten/Herdecke lehrt. Heute läuft es ambulant: „Die Eizellen werden vaginal in der Praxis entnommen.“ Die Erfolgsquote läge pro Behandlung ungefähr bei 30 Prozent. Da viele Paare mehrere Behandlungen machen, stünden die Erfolgschancen sogar bei 60 bis 80 Prozent.



Heute vor 35 Jahren erblickte Louise Joy Brown, das erste außerhalb des Körpers befruchtete Baby der Welt, das Licht dieser Welt. Im Radio lief wahrscheinlich Boney M. mit „Rivers of Babylon“, der Sommerhit des Jahres 1978. „Rivers of Babylon“ tönt heute, mehr als drei Jahrzehnte später, nicht mehr so oft aus dem Radio.

Doch der Geburtstag von Brown ist für Ärzte und Wissenschaftler immer noch ein wichtiges Datum. „Ich denke oft an diesen Tag und freue mich, dass wir es heute so viel leichter haben“, sagt Prof. Dr. Stefan Dieterle (Foto), Gründer des Kinderwunschzentrums mit Hauptstandort in Dortmund. Damals musste die Frau für die Behandlung noch ins Krankenhaus, und die Abbruchrate sei viel höher

Als Louise Joy Brown geboren wurde, war die Befruchtung außerhalb des Körpers noch eine Sensation. Ihre Eltern Leslie und John (damals 32 und 38) begaben sich Ende der 1970er, nachdem sie acht Jahre lang versucht hatten ein Kind zu zeugen, in die Hände des Biologen Robert Edwards und seines Kollegen und Gynäkologen Patrick Steptoe. Die teure Behandlung konnten sie sich erst finanzieren, als Lastwagenfahrer John Geld im Fußballtoto gewonnen hatte. Nach Loui-

sen Geburt belagerten Journalisten das Elternhaus und von jeder Zeitung grüßte das sogenannte Retortenbaby. „Der Begriff Retortenbaby ist out“, sagt Dieterle, „wir arbeiten nicht mehr mit Reagenzglas.“ Statt in Reagenzgläsern oder Retorten werden die Eizellen in Mikrotropfen kultiviert. Auch von künstlicher Befruchtung könne man nicht sprechen, die Befruchtung sei natürlich, nur eben außerhalb des Körpers der Mutter.

Der Spiegel titelte 1978 „Ein Schritt in Richtung Homunkulus“, 35 Jahre später ist die Befruchtung außerhalb des Körpers aus der Tabu-Ecke herausgekommen. „Es betrifft immer mehr Paare, man spricht von jedem sechs-

ten bis siebten Paar. Der Wunsch kommt immer später“, berichtet Dieterle.

Klar abgrenzen möchte der Dortmunder Arzt zudem die Vorstellung von Designerbabys: „Da geht es nicht um Paare, die unerfüllte Kinderwünsche haben, sondern um Paare, die auch auf natürlichem Weg ein Baby bekommen können.“ So eine Auswahldiagnostik habe nichts mit der Arbeit in Kinderwunschzentren wie dem seinen zu tun.

Zu Louises 70. Geburtstag – im Jahr 2048 – wünscht sich der Mediziner, dass die Erfolgsquote weiter steigt und auch den unfruchtbaren Männern medizinisch mehr geholfen werden kann. Kerstin Börs



Hausaufgaben oder Noten per Facebook mitteilen? Einige Bundesländer wollen jetzt die Nutzung von sozialen Netzwerken an Schulen einschränken.

Foto dpa

Snowden darf Airport offenbar verlassen

Einwanderungsbehörde stellte Papiere aus

MOSKAU. Nach wochenlangem Zwangsaufenthalt am Moskauer Flughafen Scheremetjewo kann der frühere US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden nun offenbar den Transitbereich des Airports verlassen. Russlands Einwanderungsbehörde habe ihm die notwendigen Papiere dafür ausgestellt, berichtete die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti gestern. Während sein Asylantrag geprüft werde, dürfe sich Snowden damit auf russischem Staatsgebiet bewegen.

Der flüchtige Computerspezialist könnte laut der Agentur Interfax den Flughafen umgehend verlassen. „Der Amerikaner macht sich gerade zum Aufbruch bereit“, wurde eine mit dem Vorgang vertraute Person zitiert. „Er

bekommt jetzt neue Kleidung.“ Am Flughafen bildete sich nach den ersten Medienberichten sofort eine große Traube aus wartenden Journalisten und Kamerteams.

Snowden saß seit dem 23. Juni im Transitbereich des Flughafens fest, da die USA seine Reisedokumente für ungültig erklärt hatten. Der IT-Experte hatte Anfang Juni mit der Enthüllung geheimer Staatsprogramme zur Überwachung der weltweiten Internet- und Telefonkommunikation für internationales Aufsehen gesorgt. Die Vereinigten Staaten verlangen seine Auslieferung, was Russland mit Verweis auf ein fehlendes Abkommen verweigert. AFP

KURZ BERICHTET

Zu hohe Belastung für Polizisten?

DÜSSELDORF. Die Gewerkschaft der Polizei in NRW appelliert an Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD), das Gesundheitsmanagement bei der Polizei auszubauen. Angesichts der hohen Zahl älterer und gesundheitlich eingeschränkter Polizisten müsse die Landesregierung entschiedener auf den demografischen Wandel bei der Polizei reagieren. Jeder zehnte Polizist sei gesundheitlich stark belastet. epd

Krise in Bulgarien spitzt sich zu

SOFIA. Zehn Wochen nach der Parlamentswahl in Bulgarien spitzt sich die Lage dramatisch zu. In der Nacht zu gestern blockierten Hunderte Demonstranten fast neun Stunden lang das Parlament. Im Gebäude saßen mehr als 100 Menschen, darunter drei Minister und Dutzende Abgeordnete, fest. Polizeikräfte lösten die Proteste auf und befreiten die Eingeschlossenen. Wegen der Krawalle wurde eine Sitzung der Volksversammlung abgesagt.

Staatspräsident Rossen Plewneliew rief die Demonstranten auf, „friedlich und zivilisiert“ zu bleiben. Die europäische Protestbewegung wirft der sozialistisch dominierten Regierung vor, sich von Interessen reicher Oligarchen leiten zu lassen. Tausende Demonstranten verlangen den Rücktritt der Regierung und wieder Neuwahlen. Sozialistenchef Sergej Stanischew (BSP) lehnt die Forderungen ab. dpa

Neuer Politkowskaja-Prozess

Kremlkritische Journalistin in 2006 ermordet / Fünf Männer angeklagt

MOSKAU. Sieben Jahre nach der Ermordung der kremlkritischen Journalistin Anna Politkowskaja hat vor einem Gericht in Moskau eine neue Hauptverhandlung gegen fünf Tatverdächtige begonnen. Auf der Anklagebank sitzen der mutmaßliche Totschütze, der angebliche Organisator des Verbrechens sowie Komplizen, wie das Stadtgericht gestern mitteilte.

Die Männer im Alter zwischen 31 und 55 Jahren beteuerten zum Prozessauftakt ihre Unschuld. Die Reporterin der regierungskritischen Zeitung „Nowaja Gaseta“ war am 7. Oktober 2006 vor ihrer Moskauer Wohnung erschossen worden.

Die Beschuldigten stammen aus der russischen Konfliktrepublik Tschetschenien im Nordkaukasus. Von dort hatte Politkowskaja auch über schwerste Menschenrechtsverstöße berichtet. Der Auftraggeber für den Mord sei weiter nicht bekannt, kritisierte Chefredakteur Dmitri Muratow. Deshalb sei das



Anna Politkowskaja wurde 2006 ermordet.

Foto dpa

Verbrechen weiter nicht aufgeklärt. Insgesamt fehle es an Vertrauen in das Verfahren.

Die mit internationalen Auszeichnungen geehrte Politkowskaja war eine der schärfsten Gegnerinnen von Kremlchef Wladimir Putin. Das Verbrechen hatte weltweit Entsetzen ausgelöst. Seit Jahren verspricht Russland der internationalen Gemeinschaft Aufklärung.

Die als Nebenkläger auftretenden Kinder Politkowskajas

– Vera und Ilja – blieben dem Prozessauftakt demonstrativ fern. In einer schriftlichen Erklärung kritisierten sie, dass das Gericht die Geschworenen-Jury in Abwesenheit der Nebenkläger bestimmt habe. Sie hatten darum gebeten, mit dem Prozess erst nach Rückkehr ihrer Anwälte am 29. Juli zu beginnen.

Politkowskajas Tod gilt als Symbol für viele Verbrechen an regierungskritischen Journalisten in Russland. dpa

NOTIZEN

Frühere Erzieher zurückgewinnen

BERLIN. SPD-Parteivize Manuela Schwesig will frühere Erzieherinnen und Erzieher für diesen Beruf zurückgewinnen. In der „Saarbrücker Zeitung“ (Mittwoch) schlug sie ein „Rückholprogramm“ zum Beispiel für Erzieher vor, die nach der Wende in Ostdeutschland ihren Job verloren hätten. Mit Blick auf den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab 1. August sprach sich Schwesig auch für eine „bundesweite Ausbildungskampagne für den Erzieherberuf“ aus. „Es geht darum, gute Plätze zu schaffen, nicht irgendwelche“, sagte Schwesig. AFP

Kandidatur trotz Cybersex-Skandals

NEW YORK. Der ehemalige US-Kongressabgeordnete Anthony Weiner will trotz eines erneuten Cybersex-Skandals weiter für das Amt des New Yorker Bürgermeisters kandidieren. Der 48-Jährige räumte am Dienstag ein, auch nach seinem Rückzug aus dem Parlament einen erotischen Kontakt mit einer jungen Frau im Internet gepflegt zu haben. Bei einer Pressekonferenz gestand Weiner an der Seite seiner Ehefrau Huma Abedin ein, einer jungen Frau im sozialen Netzwerk Facebook unter dem Decknamen Carlos Danger schlüpfrige Texte und Fotos geschickt zu haben. AFP



Anthony Weiner will weiter für das Bürgermeisteramt in New York kandidieren.

Foto dpa

Piraten befinden sich im Aufwind

BERLIN. Vor dem Hintergrund der Spähaffäre ist die Piratenpartei nach längerer Schwächephase offensichtlich wieder im Aufwind. In dem gestern veröffentlichten „stern-RTL-Wahltrend“ verdoppelten die Piraten ihren Stimmenanteil von 2 auf 4 Prozent. Sie würden damit allerdings den Einzug in den Bundestag verfehlen. Für die Union werden erneut 41 Prozent vorhergesagt. Die SPD verliert einen Punkt auf 22 Prozent, die Grünen zwei Punkte auf nun 12 Prozent. Die Linke legt um einen Punkt zu auf 9 Prozent, die FDP verharrt bei 5 Prozent. AFP

Anschlag auf Bundeswehr

KUNDUS. Im nordafghanischen Kundus ist auf Soldaten der Bundeswehr erneut ein Anschlag verübt worden. Niemand sei verwundet oder getötet worden, teilte die Bundeswehr mit. Ein Konvoi sei gestern etwa sieben Kilometer westlich des Feldlagers auf dem Weg in den Distrikt Char Darah in eine Sprengfalle geraten. Ein Fahrzeug sei leicht beschädigt worden. „Die deutschen Kräfte durchstießen die Anschlagstelle und setzten den Marsch fort.“ Die Bundeswehr will im Herbst aus Kundus abziehen. Die Sicherheitslage in der Region ist weiterhin instabil. dpa